



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 16.03.2010
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:40 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Personalrat

Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten
 Frau Britta Dreher
 Frau Susanne Middendorf
 Herr Martin Wiegemann

Der Bürgermeister begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern wurden die Tagesordnungspunkte 2 bis 6 ohne Aussprache und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|--|----------|
| 1 | Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums | 001/2010 |
| 2 | Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 | 017/2010 |
| 3 | Genehmigung einer weiteren außerplanmäßigen Ausgabe für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl | 016/2010 |
| 4 | NKF-Haushaltssatzung für das Jahr 2010 | 019/2010 |
| 5 | Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2010 | 020/2010 |
| 6 | Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße" gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB i.V.m. § 16 BauGB Ergebnis des Mitwirkungsverbot nach § 31 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung | 004/2010 |
| 7 | Konjunkturpaket II - Sachstandsbericht und Umsetzung weiterer Projekte | 018/2010 |
| 8 | Bürgeranregung Einrichtung einer Signalanlage an der Einmündung Lüner Höhe / B 61 | 021/2010 |
| 9 | Bürgeranregung Verkehrsberuhigte Zone Gottesbergstraße | 011/2010 |
| 10 | Bürgeranregung Errichtung einer Benjeshecke zwischen den Straßen Am Ufer und Eilater Weg | 015/2010 |
| 11 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

B. Nichtöffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|---|---------|
| 1 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |
| 2 | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung | |

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
001/2010

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums

Frau **Dyduch** benennt für die SPD-Fraktion Herrn Heidler als Vertreter des Schulträgers für das Gymnasium. Herr **Kissing** schlägt sich selbst für die Gesamtschule Kamen vor.

Beschluss:

Herr Heidler – Gymnasium
Herr Kissing - Gesamtschule

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
017/2010

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010

Ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.
016/2010

Genehmigung einer weiteren außerplanmäßigen Ausgabe für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl

Ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 4.
019/2010

NKF-Haushaltssatzung für das Jahr 2010

Ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.
020/2010

Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2010

Ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 6.
004/2010

Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße" gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB i.V.m. § 16 BauGB

Ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 7.
018/2010

Konjunkturpaket II - Sachstandsbericht und Umsetzung weiterer Projekte

Herr **Brüggemann** erläuterte die Vorlage und verwies auf die umfangreiche Berichterstattung über die Schul- und Raumprogramme in den Fachausschüssen.

Für das Vorhaben der Tribüne in der Sporthalle Methler bestehe noch Abstimmungsbedarf mit den Vereinen. Eine Realisierung sei hier nur unter Vorbehalt der Kostenfrage möglich.

Weiterhin würden die Programme „Hallenböden“ und „Optimierung von Schulhöfen“ mit den Schulen abgestimmt. Eine Realisierung sei hier in den Sommerferien möglich.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der n.g. Konjunkturpaket-II-Maßnahmen auf der Basis der bereits am 24.03.2009 beschlossenen Projektliste und der in den Fachausschüssen vorgestellten Detailplanungen einschließlich Kostenschätzungen weiter voranzutreiben

1. Gebäudesanierung Hammer Str. 15 und Herrichtung als Kinderbetreuungseinrichtung
2. Erweiterung bzw. Sanierung der Nebenräume der Sporthalle an der Eichendorffschule
3. Erweiterung bzw. Sanierung der Nebenräume der Sporthalle an der Südschule
4. Sanierung des Hallenbodens der Sporthalle II des Schulzentrums
5. Sanierung des Hallenbodens der Sporthalle des Gymnasiums

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
021/2010

Bürgeranregung Einrichtung einer Signalanlage an der Einmündung Lüner Höhe / B 61

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung einer Lichtzeichenanlage auf der Lünener Straße, an der Einmündung Straße „Lüner Höhe“, mit Blick auf die vorliegende Bürgeranregung zu prüfen und das Ergebnis in den Gremien beschlussreif vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
011/2010

Bürgeranregung Verkehrsberuhigte Zone Gottesbergstraße

Frau **Dyduch** regte an, da der nächste Straßenverkehrsausschuss erst im Oktober stattfindet und der Antrag von der Gefährdung von spielenden Kindern berichtet, dass die Verwaltung bereits im Vorfeld eine ordnungsbehördliche Prüfung, ggfls. in Zusammenarbeit mit der Polizei vornimmt.

Herr **Hasler** bemerkte, die Bürgeranregung zeige Missstände auf, es seien keine baulichen Veränderungen gefragt. Insofern solle die Verwaltung entsprechende Maßnahmen ergreifen. Die Beschlussvorlage könne geändert werden.

Herr **Hupe** erklärte, dass die Verwaltung sofort mit der Prüfung beginne und im nächsten Straßenverkehrsausschuss berichten werde. Der Beschluss könne daher insoweit gefasst werden.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgeranregung zur Ergreifung von Maßnahmen in der verkehrsberuhigten Zone Gottesbergstraße wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Straßenverkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
015/2010

Bürgeranregung Errichtung einer Benjeshecke zwischen den Straßen Am Ufer und Eilater Weg

Beschlussvorschlag:

Die Bürgeranregung betreffend der Errichtung einer Benjeshecke zwischen den Straßen Am Ufer und Eilater Weg wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

1. Herr **Hu**pe schilderte die Situation an der Jacob-Koenen-Str., über die bereits in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 04.03.2010 berichtet worden sei. Zwischenzeitlich habe auch eine Bürgerversammlung am 11.03.2010 stattgefunden, in der rege diskutiert worden sei. Die Sportschule möchte nach deren Umbau die Gebäudestrukturen verbinden, indem eine Querung zwischen Sportschule und Hotel geschaffen wird. Aus diesem Grund wurde angeregt, dass dieser Bereich entwidmet wird. Diesem Wunsch solle jedoch nicht entsprochen werden. Die Verwaltung beabsichtige im Rahmen einer Sondernutzungserlaubnis eine Möglichkeit zu schaffen, den Kfz-Verkehr zu unterbinden. Für Fußgänger und Fahrradfahrer werde eine weitere Nutzung möglich sein.

Die Anforderungen der Anwohner bezögen sich auf die Verbesserung der gesamten Parksituation. Deshalb sollten insgesamt 39 neue Stellplätze südlich und nördlich des Sportzentrums entstehen. Die Öffnung der Schranken an den bestehenden Parkplätzen solle zu bestimmten Zeiten möglich werden. Weiterhin werde eine bessere Nutzung der Tiefgarage ermöglicht. Auf die kommunalen Parkplätze am Bürgerhaus solle deutlicher hingewiesen werden. Bei einer Verkehrszählung sei festgestellt worden, dass die Pkw-Frequenz überschaubar ist. Die Umgehungswege seien sehr kurz und damit zumutbar.

Der Verkehrsraum solle umgestaltet werden. Es würden versenkbare Poller aufgestellt. Der Bereich solle neu gepflastert werden, dazu müssten auch 3 Bäume gefällt werden. Die Kosten für die Maßnahme seien durch den Verband zu tragen.

Herr **Kühnapfel** erkundigte sich danach, ob die Sportschule Sondernutzungsentgelte zahlen müsse.

Herr **Hu**pe erklärte, dass Entgelte nach Satzung erhoben werden.

Herr **Kissing** fragte nach, ob das Bauwerk so hoch werde, dass im Notfall auch große Feuerwehrfahrzeuge oder Busse queren könnten.

Herr **Hu**pe bestätigte, dass die Überdachung dies ermögliche.

2. Herr **Hu**pe berichtete von einem ersten Gespräch über den Haushalt 2010 mit der Bezirksregierung Arnsberg, (Herrn Asshoff). Es sei ein offenes freundliches Gespräch geführt worden, in dem man sich über Grundsätzliches verständigt habe. Es sei jedoch deutlich geworden, dass die Bezirksregierung an den Handlungsrahmen des Innenministeriums gebunden sei. Zu den Details der freiwilligen Leistungen werde es zukünftig weitere vertrauensvolle Gespräche geben.
3. Herr **Hu**pe bezog sich auf den rechtsradikalen Übergriff auf das GAL-Zentrum in der Güldentröge. Er habe mit dem Landrat als Polizeichef noch einmal über die Situation gesprochen. Man sei froh, dass man die Rechtsradikalen gestellt und personell erfasst

habe, um rechtliche Konsequenzen in die Wege leiten zu können. Bei künftigen Hinweisen auf solche Situationen solle im Vorfeld verstärkt Präsenz gezeigt werden, um Übergriffe zu vermeiden. Die Polizei sei über die vorgebrachte Kritik zu dem Einsatz nicht ganz glücklich, da es gleichzeitig mehrere Einsatzorte gab und schnelle Entscheidungen erforderlich waren.

4. Herr **Hupe** schilderte, dass es nach dem Beschäftigungsprogramm der ARGE und der BA möglich ist, erneut 5 Stellen einzurichten. Zur Zeit seien die finanziellen Aspekte noch nicht abschließend geklärt. Der Einsatzort der neuen Stellen z.B. als Servicekräfte ÖPNV oder aber in der Grünflächenpflege, sei noch abzustimmen, ebenso, wie der Beschäftigungsbeginn.
5. Herr **Baudrexl** berichtete über das mobile Bürgerbüro. Das Konzept sehe den Einsatz von mobiler Technik für Besuche bei Senioren und Behinderte vor. Zur Zeit werde durch den Seniorenbeauftragten Hilfestellung ohne mobile Technik geleistet. Im Herbst dieses Jahres werde ein neues Personalausweisverfahren eingeführt. Da noch nicht klar sei, welche technischen Anforderungen für ein mobiles Bürgerbüro zum Zeitpunkt der Einführung notwendig würden, wird auch im Hinblick auf eine sparsame Haushaltsführung von einer Anschaffung eines mobilen Systems abgesehen. Die Hilfestellung durch den Seniorenbeauftragten soll weitergeführt werden.

Anfragen

1. Herr **Grosch** erkundigte sich danach, warum der Bürgerantrag zum Lärmaktionsplan an der Unnaer Str. nicht auf der Tagesordnung stehe.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass es sich hierbei nicht um einen Bürgerantrag handle. Die Verwaltung bearbeite den Sachverhalt bereits.

2. Herr **Grosch** äußerte Kritik an dem Vorgehen der Polizei bei dem Übergriff der Rechtsradikalen auf das GAL Zentrum.

Herr **Hupe** bemerkte, dass er nur mittelbare Informationen weitergegeben habe. Er wolle die Aussagen der Polizei nicht bewerten. Richtiger Ansprechpartner sei hier der Landrat.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer